

wir bedanken uns recht herzlich für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Im Folgenden möchten wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen zukommen lassen. Für etwaige Rückfragen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr FDP-Kreisverband Düren

Was sind für Sie Kriterien für eine gelingende Erziehung getrennter Elternteile im Sinne ihrer Kinder? Wie stehen Sie zum Wechselmodell und wie wollen Sie es fördern? Welche Maßnahme planen Sie, um dies auf kommunaler Ebene zu fördern?

Die Fragen beantworten wir aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam:

Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern zum Regelfall machen. Dies bedeutet eine gemeinsame Betreuung der Kinder mit zeitlicher Verteilung zwischen ein Drittel / zwei Drittel bis hin zur hälftigen Teilung. Falls die Eltern sich bei einer Trennung nicht über den gewöhnlichen Aufenthalt ihrer Kinder einigen können, so entscheidet ein Familiengericht. Wir sind der Ansicht, dass das Wechselmodell dem Kindeswohl besser Rechnung trägt und wollen daher, dass die Gerichte dieses künftig als Regelmodell anwenden. Deshalb fordern wir im Einklang mit der Wissenschaft, internationalen Rechtsnormen und den Empfehlungen des Ausschusses für Antidiskriminierung und Gleichstellung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine neue Rechtsgrundlage: Zukünftig ist im Streitfall durch die Familiengerichte grundsätzlich anzunehmen, dass die gemeinsame elterliche Betreuung von Trennungskindern in der Regel dem Kindeswohl am besten entspricht (Vorrang des Prinzips der Doppelresidenz, analog zur elterlichen Sorge). Im Einzelfall kann diese Annahme Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung sein. Andere Gestaltungen zum Wohle des Kindes können notwendig sein. Entsprechend wollen wir auch das Unterhaltsrecht, das Recht der rechtlichen Vertretung des Kindes, das Sozialrecht, das Steuerrecht und das Rentenrecht überprüfen und dort anpassen, wo individuelle Lösungen von elterlicher Betreuung und Kindesaufenthalt dies erfordern. Großeltern vermitteln Scheidungskindern mit regelmäßigen Begegnungen den notwendigen Halt. Wir wollen auch ihre Rechte im Umgang mit den Enkeln stärken.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, der Eltern-Kind-Entfremdung auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken?

Die Einführung des Wechselmodells als Regelfall die politische Voraussetzung, um einer Eltern-Kind-Entfremdung entgegen zu wirken. Wir setzen allerdings auch auf das Verantwortungsbewusstsein der Elternteile. Dies ist Voraussetzung, dass eine Entfremdung nicht stattfinden kann. Beide Elternteile müssen den Umgang mit ihrem Kind auch wollen und aktiv umsetzen. Die Kinder- und Jugendhilfe des Kreises bzw. die (freien) Familienberatungen sollten im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für das Kind vermitteln, soweit schwerwiegende Gründe dem nicht entgegenstehen.

Wie wollen Sie kommunal gegen diese Armutsrisiken vorgehen?

Unter prekären Verhältnissen leiden vor allem Kinder. Ihre Teilhabe von schulischen oder gesellschaftlichen Leben ist häufig eingeschränkt. Der beste Schutz vor Armut der Kinder ist es, die Eltern(teile) in Ausbildung und Arbeit zu bringen und zu erhalten. Auch deshalb steht die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im Kreis im Fokus unserer künftigen Arbeit. Der durch den Kohleausstieg zu erwartenden Abbau von Arbeitsplätzen, muss durch neue Jobs kompensiert werden. Aufgrund einer noch nicht vollständig gegebenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bleiben vor allem Alleinerziehende länger dem Arbeitsmarkt fern. Für eine bessere (Re-)Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wollen wir die Förderinstrumente der kommunalen Arbeitsmarktförderung betriebsnäher und zielgruppenorientierter ausgestalten. Gleichzeitig gilt es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Für uns gehören dazu u.a. der Ausbau von Kita-Plätzen und die Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten, damit eine Betreuung während der Arbeitszeit des alleinerziehenden Elternteils gewährleistet ist.

Fehlenden Teilhabechancen müssen wir aber auch schon jetzt begegnen. Dazu müssen die Instrumente der (Schul-)Sozialarbeit, das finanziell ausgebaute Förderprogramm „kinderstark nrw“, das Bildungs- und Teilhabepaket oder auch das Programm JeKits (Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen) genutzt werden. Vor allem sehen wir einen erhöhten Bedarf in der Information über diese Programme, die vielfach nicht ausreichend bekannt sind. Hier müssen vor allem die Kinder- und Jugendhilfe sowie die job.com (Jobcenter des Kreises Düren) stärker eingebunden werden.

Was sind Ihre Planungen? (Jugendamt)

Der Kreis Düren ist Spitzenreiter bei der Erhebung der Jugendamtsumlage. Wir setzen auf eine ehrliche Evaluation der Mittel. Werden die Mittel zielgerichtet eingesetzt oder versinken sie in der eigenen Bürokratie?

Es muss sichergestellt sein, dass der Kontakt zu anderen Ämtern, zur Polizei, zu den medizinischen Diensten, den Kitas und Schulen reibungslos funktioniert. Der Schutz unserer Kinder darf nicht an mangelnder oder fehlerhafter Kommunikation zwischen Behörden scheitern.

Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative von NRW-Familienminister Joachim Stamm (FDP) die Strukturen der Jugendämter zu

überprüfen und neu zu ordnen. Die Dezentralität darf kein Nachteil für den Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Wir müssen sicher sein können, dass es für den Kinderschutz keinen Unterschied macht, in welcher Stadt oder welchem Landkreis Kinder aufwachsen und dass sich Täter nicht zwischen den Strukturen und Behördenzuständigkeiten verstecken können.

Haben Sie hier Änderungen geplant? (Fachaufsicht)

Der Kreis kann selbst keine übergeordnete Ebene mit der Fachaufsicht beauftragen. Eine solche Fachaufsicht kann nur durch das Land eingerichtet werden. Die FDP-Landtagsfraktion hat sich ausdrücklich für die Einführung einer landesweiten Fachaufsicht ausgesprochen. Dies unterstützen wir. Gerade in diesem sensiblen Bereich, ist eine Selbstkontrolle nicht ausreichend, auch wenn die überwiegende Mehrheit der Jugendämter eine gute Arbeit leistet. Wir brauchen einheitliche Mindeststandards und konkrete Begleitmaßnahmen, beispielsweise einen anonymen Informationsaustausch zwischen Ärzten bei Verdachtsfällen, eine Kinderschutzhotline und verbindlichere Regeln bei der Pflegeelternschaft für Minderjährige. Zuständigkeiten dürfen für Kinder und Jugendliche nicht zum Glücksspiel mit ungewissem Ausgang werden.

Wie stehen Sie dazu? (Ombudsstelle)

Das Wohl des Kindes muss im Zentrum der Entscheidungen und Beratungen liegen. Wir setzen auf eine landesweite Fachaufsicht, die auch Entscheidungen der kommunalen Jugendämter begleitet und im Zweifelsfall korrigieren kann. Ob daneben eine Ombudsstelle erforderlich ist, ist zu gegebener Zeit zu evaluieren.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dem entgegenzutreten? (Eskalationsstrategie)

Wir Freie Demokraten sprechen uns für das Wechselmodell als Regelfall aus. Dieses Modell würde sicherstellen, dass grundsätzlich nicht nur weiterhin Kontakt zum Kind besteht, sondern auch der Erziehungsauftrag gemeinsam ausgeübt wird.

Halten Sie es für sinnvoll, diese Elternteile über eine besondere Ansprache in die Arbeit einzubinden und am Schulleben ihrer Kinder teilhaben zu lassen? Wie sehen Ihre diesbezüglichen Pläne aus?

Es ist grundsätzlich richtig Eltern bei Pflegschaftsaufgaben u.ä. einzubinden, dies gilt auch für Elternteile ohne formelles Sorgerecht, sofern sie de facto am Leben der Kinder bzw. Jugendlichen teilnehmen. Dies ist insbesondere bei der Rurkreis-Schule (Schule für Kranke) und den Schulen des Förderschulzwecksverbands sinnvoll. Gleiches gilt auch für die Einbindung von de facto Erziehungsberechtigten, die die Erziehung der Kinder/Jugendlichen kurz-, mittel- oder langfristig übernommen haben. Wir haben derzeit nicht den Eindruck, dass Eltern(teile), die sich einbringen wollen, am Engagement in unseren Kreis-Schulen gehindert werden.

Halten Sie es für sinnvoll, zusätzliche Angebote für nicht alleinerziehende Trennungseltern (Elterncafés, Eltern-Kind-Angebote, Eltern-Kind-Reisen) zu schaffen?

Wir haben im Kreis Düren verschiedene Angebote für Familien, Eltern und Kindern, angeboten durch Familienzentren oder Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. Hier sind sie richtig aufgehoben, hier arbeiten speziell ausgebildete Fachkräfte.

Welche Maßnahmen planen Sie diesbezüglich?

Konkrete Planungen seitens des Kreises sind uns nicht bekannt. Im Kreis Düren gibt es Unterbringungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Preissegmenten. Bisher wurde kein Bedarf an staatlichen Ergänzungen ermittelt. Privaten Initiativen stehen wir offen gegenüber.